

# „Wir werden als Landesverräter beschimpft“

## Von Menschenrechten und Gewerkschaften

Theodor Rathgeber

**Brito Fernando engagiert sich seit Jahrzehnten für Menschenrechte und immer wieder speziell für Gewerkschafts- und Arbeitnehmer(innen)rechte. Anlässlich eines Interviews in der srilankischen Tageszeitung *Daily Mirror* vom 20. Mai 2020 entstand die Idee, uns zu einem Interview für SÜDASIEN zu verabreden, in dem sein Engagement für Gewerkschaften und Arbeitnehmer(innen)rechte hervorgehoben wird. Das Interview führte Theodor Rathgeber via Email Anfang Juni 2020.**

**Theodor Rathgeber:** *Warum engagieren Sie sich für Menschenrechte?*

**Brito Fernando:** Ich bin seit 1977 in der Gewerkschaftsbewegung und in der linken Politikaktiv. Parteipolitisch begann ich in der *Nawa Sama Samaja Party* (NSSP).<sup>1</sup> Auf Demonstrationen wurde damals mit Tränengas auf uns geschossen, wir wurden verhaftet, einige von uns wurden getötet oder verschwanden. Wenn du dich gegen diese Repression, gegen Ungerechtigkeiten wehrst, wirst du fast automatisch zum Menschenrechtsaktivisten. Einmal kam ich in Untersuchungshaft, weil ich Aktionen gegen eine große internationale Bekleidungsfirma mit organisiert hatte. Ein Gericht erklärte diese Haft für rechtswidrig, und ich erhielt eine Entschädigung. In einem anderen Fall, als wir 1992 zu einem Gedenktag für die Verschwundenen aufriefen, ging es nicht so glimpflich aus. Wir wurden ebenfalls von der Polizei verhaftet, einige wurden getötet oder verschwanden. Auch mir drohte wohl dieses Schicksal. Jemand anderes ging für mich zum Verhör, von dem er nicht zurückkehrte.

*Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Menschenrechte in Sri Lanka?*

Gravierende Verletzungen von Menschenrechten ereigneten sich schon früh in der Geschichte des unabhängigen Sri Lanka. Im Jahr 1971 gab es Aufstände in Gefängnissen im Süden

der Insel. Kampagnen zur Freilassung politischer Gefangener wurden niedergeschlagen. Illegale Tötungen und das Verschwindenlassen von Personen durchziehen konstant die Geschichte des Landes. Der damalige Abgeordnete und später autoritär regierende Mahinda Rajapaksa reiste in den 1990er Jahren nach Genf, um in UN-Menschenrechtsgremien Lobbying gegen das Verschwindenlassen zu betreiben. Rechtsanwälte waren in vielen *Habeas-Corpus*-Fällen<sup>2</sup> aktiv, um Menschen aus den Gefängnissen zu holen und sie vor dem Verschwindenlassen zu retten. Unsere Kämpfe führten immerhin dazu, dass in Sri Lanka unabhängig operierende, staatliche Einrichtungen geschaffen wurden: Menschenrechtskommission, Polizeikommission, Wahlkommission, in jüngster Zeit das Büro für vermisste Personen. Oder eine Gesetzgebung entstand, die dem Staat Schranken und Pflichten auferlegt: das Gesetz über das Recht auf Information, das Anti-Foltergesetz, das Gesetz gegen das Verschwindenlassen und anderes mehr. Allerdings habe ich das Gefühl, dass wir in Sachen Menschenrechte im Moment dabei sind, einen Rückschritt zu machen. Leute wie ich werden als Landesverräter verunglimpft.

*Was waren Ihre eindrücklichsten Aktivitäten?*

Schwierig zu beantworten, aber ich erinnere mich an einen Arbeiter aus der Freihandelszone und seinen Anwalt, die beide im Oktober 1989 verschwanden. Wir führten selbst Ermittlungen durch, organisierten Proteste und Kampagnen und konnten sogar zwei Personen, darunter einen Polizeibeamten von einer Polizeistation in der Gegend, als mutmaßliche Täter identifizieren. Das Verschwinden einer jungen Frau aus Anuradapura im Jahr 2013 konnten wir mit einer Klage vor das Magistratesgericht von Anuradapura bringen. Im ersten Fall gab es allerdings überhaupt kein Ergebnis, der zweite Fall zieht sich ohne Ergebnis hin.

*Wie schätzen Sie die Gerichtsbarkeit in Sri Lanka generell ein?*

In meiner Erfahrung hat es nicht allzu viele Anlässe gegeben, in eine unvoreingenommene Rechtsprechung voll zu vertrauen. Es gab immer wieder Situationen, dass in Gerichtsverfahren von außen interveniert wurde. Gleichwohl ziehe ich selber vor Gericht, wenn ich mich in einem Recht verletzt fühle. Sonst landen wir wieder beim Recht des Stärkeren.

*Das zuvor genannte, erste Beispiel bringt uns zu den Gewerkschaften. Wie schätzen Sie den Organisationsgrad der Gewerkschaftsbewegung ein, differenziert nach Sektoren?*



Es gibt 2074 registrierte Gewerkschaften, aber die meisten existieren lediglich dem Namen nach. Die Niederlage im Generalstreik von 1980 hat viel zum Niedergang der Gewerkschaften beigetragen. Die Mehrheit der Gewerkschaften ist mit 54,5 Prozent im staatlichen Sektor vertreten. Die öffentlich-rechtlichen Körperschaften decken 27,5 Prozent des gewerkschaftlichen Organisationsgrades ab, die Privatwirtschaft 18 Prozent. Allerdings sind nur 9,5 Prozent aller Belegschaften gewerkschaftlich organisiert. In Fabriken, insbesondere in der Bekleidungsindustrie, organisieren sich die Menschen zwar immer wieder in Gewerkschaften, aber die meisten von ihnen verschwinden auch wieder. In Sektoren wie Kommunikationszentren, privaten Krankenhäusern, Supermärkten oder Privatschulen sind mir keine gewerkschaftlichen Organisationen bekannt. Meines Wissens ist die Zahl der Gewerkschaften und der organisierten Arbeiter/-innen, besonders im privaten Sektor, noch weiter zurückgegangen. Die neue Generation hat nicht viel Vertrauen in Gewerkschaften.

*In welchen Arbeits- und Geschäftsbereichen würden Sie der gewerkschaftlichen Organisation eine Wirkung zusprechen?*

Im Regierungssektor, etwa im Bereich Gesundheit oder in staatlichen Banken, können Gewerkschaften et-

was bewirken. Alle staatlichen und privaten Banken sind in einem Verband organisiert. Die Einzelgewerkschaften der Angestellten im Regierungssektor („Arbeiter mit weißem Kragen“) waren vor dem Generalstreik 1980 ziemlich stark, sind heutzutage aber schwach. Diese auf spezielle Tätigkeiten bezogenen Gewerkschaften interessieren sich in der Regel für nicht viel mehr als für ihre spezifischen Interessen. Ein Interesse an allgemeinen Fragen ist äußerst selten. Die Gewerkschaften im privaten Sektor organisieren Streiks für Forderungen zu ihrem Arbeitsplatz, sind jedoch nicht in der Lage, die Unterstützung anderer Gewerkschaftszweige in ihrem eigenen Verband zu erhalten.

*Wie haben die Regierungen auf gewerkschaftliche Forderungen reagiert?*

Die Regierung von Präsident J.R. Jayewardene unter Führung der UNP (*United National Party*) zerschlug den Generalstreik 1980, mehr als 100.000 Menschen verloren ihre Arbeit. Unter der Regierung von Chandrika Kumarathunga (1994-2005) wurde das Arbeitsministerium als Einzelministerium abgeschafft und dem Fischereiministerium angegliedert. Sie versuchte allerdings auch, im September 1995 eine „Arbeitnehmer-Charta“ einzuführen, mit einigen guten Vorschlägen.

*Welche zum Beispiel?*

Brito Fernando

Bild: privat

Die Arbeitnehmer-Charta zielte darauf ab, dass Beschäftigte leichter Gewerkschaften gründen und ihnen beitreten können. Es sollten Gesetze gegen die Diskriminierung von Gewerkschaften durch Arbeitgeber erlassen werden. Damals waren Gewerkschaften in privaten Sektoren, in Investitionsförder- und Freihandelszonen, die *Joint-Venture*-Projekte mit ausländischen Unternehmen durchführten, verboten. Außerdem wollte die Regierung von Chandrika Kumarathunga offen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse untersagen. Die Handelskammer (*Ceylon Chamber of Commerce, CCC*) und der Verband der Industrie- und Handelskammern (*Federation of Chambers of Commerce and Industry, FCCI*) sprachen ich jedoch vehement gegen die Charta aus und behaupteten, dass sie das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindern würde.

*Zurück zur Reaktion der Regierungen.*

Während des Krieges gegen die LTTE verbreitete die Regierung die Losung, es sei nicht fair, Arbeitnehmerrechte zu einer Zeit einzufordern, in der das Land zur Verteidigung der nationalen Sicherheit in einen Krieg verwickelt sei. Die Vorgängerregierung unter Maithripala Sirisena (2015-2019) erhöhte die Gehälter der Staatsangestellten um 10.000 Rupien,<sup>3</sup> aber nicht auf

Druck der Arbeitnehmer/-innen, sondern als Wahlversprechen. Keine Regierung ist arbeitnehmerfreundlich.

*Wie beurteilen Sie die Rechtslage für die Gewerkschaftsbewegung?*

Laut Gesetz kann jemand mit der Mindestzahl von sieben Beschäftigten eine Gewerkschaft gründen. Wenn 40 Prozent der Belegschaft eine Gewerkschaft unterstützen, ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Gewerkschaft anzuerkennen. Bei Arbeitskonflikten kommt der staatliche Beauftragte für den Bereich Arbeit (*labour commissioner*) ins Spiel, der den Auftrag hat, den Konflikt gütlich beizulegen. Gelingt dies nicht, wird der Konflikt an einen Schlichter weitergeleitet. Jede Kündigung kann vor dem Arbeitsgericht angefochten werden. Ein 1999 eingeführtes Gesetz stellt die Zerschlagung einer Gewerkschaft unter Strafe. Allerdings ist bislang noch niemand nach diesem Gesetz angeklagt worden. Aktuell versucht die Regierung, speziell für Fabriken etwa im Bekleidungs- und Textilsektor formelle Arbeitsverträge einzuführen. Es sind also Gesetze vorhanden, aber das arbeitsrechtliche System ist nicht so arbeitnehmerfreundlich, wie es sich lesen mag. Der hohe Zeitaufwand für legale gewerkschaftliche Aktionen hält viele Arbeiter(inn)en davon ab.

*Wie schätzen Sie aus gewerkschaftlicher Sicht das Zollpräferenzabkommen (Generalised Scheme of Preferences, GSP+) zwischen Sri Lanka und der Europäischen Union (EU) ein, das die Förderung der Menschenrechte zum Vertragsbestandteil hat?*

Die Gewerkschaften fordern, dass auch die Arbeitnehmer/-innen an den Vorteilen aus dem GSP+-Abkommen beteiligt werden. Bisher ist bei den Arbeitnehmer(inn)en noch nichts angekommen, was als Vorteil aus dem GSP+-Vertrag empfunden werden könnte. Das Abkommen mag insgesamt hilfreich sein, aber nicht speziell für Arbeitnehmer/-innen. Selbst wenn die EU arbeitnehmerfreundliche Bedingungen stellen würde, sind die

Arbeitgeber nicht daran interessiert, diese umzusetzen. Die Gewerkschaften, insbesondere im Bekleidungssektor, haben mehrfach diesen Unwillen hervorgehoben. Die Arbeitnehmer/-innen haben Vorgaben aus dem GSP+-Vertrag nie als Konditionalisierung zugunsten ihres Arbeitsplatzes oder ihrer Wohnheimunterbringung verspürt. Ich denke, die EU sollte wenigstens versuchen, die Regierung zu bewegen, einen existenzsichernden Mindestlohn festzulegen. Die EU sollte ebenso zu einem Forum beitragen, in dem Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammen über Arbeitsverhältnisse und Arbeitsrechte diskutieren.

Die britische Regierung hat übrigens einmal versucht, eine Initiative zum fairen Handel (*Ethical Trade Initiative, ETI*) zu starten, die Arbeitgeber, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft zusammenbringen sollte. Von Seiten der Zivilgesellschaft kam die Forderung, einen existenzsichernden Lohn festzulegen. OXFAM kam in einer Studie bei dieser Gelegenheit zum selben Ergebnis. Geschehen ist nichts, viel Geld und Zeit wurden umsonst aufgewendet. Die Initiative ist sang- und klanglos verschieden. Aber ich stimme zu, dass die GSP+-Vereinbarung einen gewissen Einfluss auf Regierung und Arbeitgeber in Sachen Arbeitnehmerrechte ausüben könnte, so die EU denn Druck aufbauen würde.

*Das GSP+-Abkommen sieht alle zwei Jahre eine Überprüfung vor, inwieweit die Abmachungen umgesetzt werden. An der Überprüfung soll auch die Zivilgesellschaft beteiligt werden. Waren Sie schon einmal an den Untersuchungen durch die EU-Delegation beteiligt?*

Ich habe mich zusammen mit anderen aus der Zivilgesellschaft an der Kampagne beteiligt, als die EU 2014 beschloss, das GSP+-Abkommen mit Sri Lanka zu suspendieren. Die Nichteinhaltung der Menschenrechtsvereinbarungen war offensichtlich, und die überhebliche Reaktion der Regierung tat ein Übriges, dass die Suspen-

dierung tatsächlich vollzogen wurde. Ich wurde zu mehreren Gesprächen mit EU-Delegationen eingeladen, um über die GSP+-Vereinbarung zu diskutieren. Die Vereinbarung trat 2017 erneut in Kraft, aber wie gesagt, für Arbeitnehmer/-innen tat sich nichts.

*Was erwarten Sie von einer internationalen Unterstützung für die Gewerkschaftsbewegung? Erwarten Sie irgend etwas?*

Ich habe keine Erfahrungen mit internationaler Unterstützung für Gewerkschaftsangelegenheiten. Ich hörte, dass sich während des Generalstreiks 1980 die Arbeiter eines Hafens in Großbritannien weigerten, die Waren von oder nach Sri Lanka zu laden oder zu entladen. Die aktuelle Regierung gibt in solchen Fragen nichts auf die internationale Gemeinschaft.

Es gibt viele Workshops, internationale Foren und Diskussionen über die Arbeitsverhältnisse in Sri Lanka. Auch Handelsfirmen nehmen daran teil oder organisieren selbst Audits, um über Arbeitsbedingungen zu diskutieren. Viele internationale Gewerkschaftsverbände, in denen Gewerkschaften aus Sri Lanka Mitglied sind, befassen sich mit solchen Fragen. Aber soweit ich das beurteilen kann, hat dies alles zu kaum messbaren Fortschritten im Leben der Arbeiter(inn)en geführt.

*Vielen Dank für das Gespräch!*

### Zum Autor



Theodor Rathgeber ist Redakteur bei SÜDASIEN.

### Endnoten

- <sup>1</sup> Trotzlisten, Anm. d. Red.
- <sup>2</sup> *Habeas Corpus*: ein universell geltender Rechtsanspruch auf Überprüfung der Haft oder eines Urteils, Anm. d. Red.
- <sup>3</sup> etwa 50 Euro, Anm. d. Red.